

Diese Wochenschrift
erscheint wöchentlich Mittwochs Vormittag
in einem Bege in der Buchdruckerei der
Gehr. Scharf für den vierteljähr. Pränu-
merationspreis von 8 Sgr. (incl. Stempel.)



Ämtliche und Privat-Anzeigen
für den Boten werden gegen 1 Sgr. für
die breitgedruckte Zeile in gewöhnlicher
Schrift bis spätestens Dienstag früh 7 Uhr
erbeten.

Der Sächsische Bote.

Eine unterhaltende und belehrende Wochenschrift
für Stadt und Land.

N^o. 12.

Mittwoch, den 25. März

1857.

Zeitereignisse.

Der Ministerpräsident hat dem Landtage angezeigt, daß in Kopenhagen ein Vertrag wegen Ablösung des Sundzolls Preuß. Seits und für alle seefahrenden Nationen zu Stande gekommen und unterzeichnet worden sei.

Im Abgeordnetenhanse wurde angenommen der Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung des Artikels 76 der Verfassungs-Urkunde: „Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie werden durch den König regelmäßig in dem Zeitraume von dem Anfange des Monats November jeden Jahres bis zur Mitte des folgenden Januar und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen.“ Auch im Herrenhanse wurde die Abänderung des §. 76 beschlossen.

Die letzte Sitzung des Abgeordnetenhanse am 17. wurde unterbrochen und aufgehoben, weil der Abgeordnete von Düsseldorf, Regierungsrath a. D. Otto, auf der Rednerbühne plötzlich vom Nerven-schlage betroffen wurde, der nach halbständigem Todeskampfe seinem Leben ein Ziel setzte.

Da man die Ablehnung der projectirten neuen Steuern fürchtet, so soll im Plane sein, von den Policen aller Versicherungsgesellschaften eine Stempelsteuer nach Höhe der Versicherungssumme zu erheben. Diese Policesteuer wird bei 1 Sgr. für 100 Rthlr. auf ungefähr 10 Mill. Rthlr. jährlich veranschlagt.

Die Sundzollablösungssumme für Preußen soll 30 Mill. 570,698 Rthlr. betragen, welche in 20 Jahren ratenweise abzutragen sein wird.

Am 5. März hat zu Paris, wie die „Pr. G.“ mittheilt, eine Konferenz der Vertreter Oesterreichs, Frankreichs, Englands und Rußlands über die Neuenburger Angelegenheit stattgefunden. Am 7. März folgte eine zweite Konferenz, welcher auch der Vertreter Preußens beiwohnte. Dieser Sachverhalt entspricht vollkommen der Auffassung, welche die königliche Regierung von Anfang an als maßgebend für sich in allen ihren diplomatischen Aktenstücken bezeichnet hat. Se. Maj. der König hat sich bereit erklärt, nachdem die Vorbedingung der Freilassung der royalistischen Gefangenen erfüllt sein würde, über die künftigen Verhältnisse Neuenburgs mit den europäischen Großmächten zu verhandeln, wann diese sich über die Vorschläge, die sie im europäischen Interesse Preußen machen zu sollen glaubten, geeinigt hätten. Hieraus folgte, daß Preußen erst hinzutreten wollte und konnte, wenn diese Verständigung der 4 übrigen Mächte erfolgt war. So ist es auch geschehen und die Verhandlungen werden nun ihren Fortgang nehmen. Doch sind sämtliche Regierungen und ihre Vertreter übereingekommen, das Geheimniß darüber bis zum Abschluß zu bewahren.

Die Pforte hat den Entschluß gefaßt, ihre asiatische Grenzen gegen Rußland zu befestigen. Zu diesem